Beschluss der 62. Landesmitgliederversammlung der
GRÜNEN JUGEND Brandenburg am 26.10.2024, Potsdam

L1 – Wir lassen junge Menschen in Brandenburg nicht im Stich!

81 % der jungen Menschen haben Angst vor einem Krieg in Europa, 67 % machen sich Sorgen um die wirtschaftliche Lage und steigende Armut, 58 % haben Angst vor „Ausländerfeindlichkeit“ und 63 % haben Angst vor dem Klimawandel.

Die Landtagswahl in Brandenburg ist nur wenige Wochen her. Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE haben es nicht erneut in den Landtag geschafft und die AfD hat eine Sperrminorität. Nur 2 Abgeordnete sind jünger als 30, der Frauenanteil ist gesunken und in Zukunft werden 11 gesichert rechtsextreme Personen im Landtag vertreten sein und noch viele weitere beschäftigen. Viele Menschen fühlen sich durch diesen Landtag nicht mehr vertreten. Es wird keine Stimme für soziale Gerechtigkeit geben, Klimaschutz rückt in der Tagesordnung weiter nach unten und der Überbietungswettbewerb von rechter Rhetorik gegen Menschen auf der Flucht, Menschen in Armut, queere Menschen, migrantisierte Menschen oder Protest für Menschlichkeit und Solidarität wird einfach so weiter gehen.

Die Ängste, Sorgen und Ohnmachtsgefühle der Jugendlichen haben im Vergleich zu früheren Befragungen zugenommen, umso notwendiger ist es, dass es Räume gibt, in denen Jugendliche aktiv werden können und ein politisches Zuhause finden. Und genau so ein Ort ist die GRÜNE JUGEND.

Die Sorgen und Nöte junger Menschen zeigen, wie wichtig eine aktive GRÜNE JUGEND bleibt. Als Raum der Selbstwirksamkeit vertreten wir gemeinsam die Interessen von jungen Menschen gegenüber Politik, Gesellschaft und der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Mitglieder, die ein Mandat in einer kommunalen Vertretung haben, aktiv in einer Ortsgruppe oder allein in ihren Orten aktiv sind, verändern schon seit Jahren ihre Wohnorte zu sozial gerechteren Orten für die Jugend. Mitglieder sind in Gewerkschaften, antifaschistischen Organisationen, Umweltverbänden und der Klimabewegung aktiv und halten so auch weiterhin den Druck für höhere Löhne, kostenlosen ÖPNV oder für ein Klimaschutzgesetz aufrecht.

Wir sind davon überzeugt, dass wir die Lösungen für die Probleme unserer Generation finden können und auch müssen. Das Ausscheiden der bündnisgrünen Partei aus dem Landtag läutet für uns in den kommenden Jahren auch eine finanzielle Ungewissheit ein. Um uns auch weiterhin effektiv für Gerechtigkeit und Klimaschutz einsetzen zu können und uns dem Rechtsruck entgegenzustellen, müssen wir unsere Ressourcen so einsetzen, dass wir die Lebensrealitäten der Menschen direkt verbessern können. Als GRÜNE JUGEND stehen wir jungen Menschen beiseite, wenn sie etwas vor Ort bewegen möchten.

Junge Menschen wählen in Brandenburg und Ostdeutschland zum Teil rechtsextrem. Die Erzählung von einer verfehlten Social Media-Strategie als Begründung vorzuschicken wird der Realität nicht gerecht. Junge Menschen werden in der Regel politisch vergessen. Wenn sie sich politisch einbringen wollen, wird ihnen häufig gesagt, sie seien noch zu jung und sollen erstmal arbeiten. Während politisch Verantwortliche die aktuellen Krisen weiter verschleppen. Junge Menschen wollen keine Angst mehr vor der Zukunft haben.

Gemeinsam möchten wir uns als GRÜNE JUGEND in den kommenden Jahren zu einem Verband entwickeln, der junge Menschen befähigt, die Lebensrealitäten direkt zu verbessern und nachhaltig zu gestalten.

Kampf den Palästen, Frieden den Jugendzentren!

67 % der jungen Menschen machen sich Sorgen um die wirtschaftliche Lage und steigender Armut. Kommunen setzen ihre Prioritäten viel zu häufig nur auf eine wirtschaftliche Entwicklung. Diese fatale Priorität führt zu Einsparungen bei sozialen Einrichtungen und Verbände. Mit der Wiedervereinigung wurde in Brandenburg die Jugendhilfe dem westdeutschen System übergeführt. Während in den alten Bundesländern starke Jugendverbände existieren, welche sich seit 1950 festigen konnten, liegen wir in Brandenburg hinten. Bis heute wird die Arbeit von Jugendverbänden nicht überall anerkannt oder gefördert. Schon seit Jahren greift die faschistische AfD die Jugendverbände an und forderte erst jüngst die Zerschlagung des Landesjugendrings.

Wir stellen uns dem Abbau von Jugendverbänden und der offenen Jugendarbeit entgegen und solidarisieren uns mit allen weiteren demokratischen Jugendverbänden. Wir fordern jedes Jugendamt die finanzielle Förderung der Jugendverbände nach § 12 SGB VIII und eine schnelle Ausweitung der Streetwork-Arbeit und Förderung von Initiativen für neue Konzepten der Jugendarbeit. Die Jugendverbände und offene Jugendarbeit sind jene Orte, wo junge Menschen ihre persönlichen Fähigkeiten abseits einer kapitalistischen Leistungslogik erlernen können. Wir möchten ein wichtiges Bindeglied zwischen Jugendverbänden und den kommunalen Fraktionen in den Kreistagen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sein. **Es kann nicht sein, dass in der Jugendarbeit gespart wird und die Reichen immer reicher werden.**

Klimakrise – Change the System, Not the Climate!

63 % haben Angst vor dem Klimawandel. Nicht erst seit kurzen kämpfen wir für Klimagerechtigkeit. Der Kampf für eine solidarische Welt und der Kampf gegen die Klimakrise sind DNA der GRÜNEN JUGEND. Wir entwickeln schon seit Jahren Vorschläge für eine klimagerechte Gesellschaft und werden auch zukünftig dafür kämpfen. Weltweit können wir die Folgen seit Jahrzehnten beobachten und in Brandenburg seit Jahren spüren. Waldbrände im Sommer, gepaart mit Hochwasser an der Oder und Elbe, zerstört Existenzen, nicht das Windrad auf dem Feld. Wir stehen weiterhin für eine faktenbasierte Politik: Fakt ist, dass unter den Folgen des Klimawandels diejenigen am meisten leiden, die am wenigsten dazu beitragen und am wenigsten wirtschaftliche Mittel haben, um sich vor Dürren, Hitzewellen und Überschwemmungen zu schützen.

Deshalb ist für uns klar, dass die Klimakrise nur bekämpft werden kann, wenn Reiche besteuert und klimaschädliche Subventionen beendet werden. Der schon seit Jahren notwendige Wandel wird immer dringlicher und muss zwingend mit einem Ausbau der sozialen Infrastruktur einhergehen. Brandenburg braucht dringend ein Klimaschutzgesetz!

Ost-, Ost-, Ostdeutschland – Antifa heißt Widerstand!

58 % haben Angst vor „Ausländerfeindlichkeit“. Angriffe auf CSDs, queeres Leben, unsere Mitglieder und Einrichtungen der Jugendarbeit – alles, was nicht in das faschistische Weltbild passt, wird systematisch angegriffen. Knapp 60 % sind im Osten mit der Demokratie zufrieden. Während sich junge Männer und Frauen politisch auseinanderentwickeln, fordert ein Viertel „Eine Starke Hand müsste mal wieder Ordnung in unseren Staat bringen“. Wir stellen uns autoritären Denkweisen klar entgegen. Gegen eine weitere Vereinnahmung der Ostdeutschen-Identität durch Rechts werden wir Maßnahmen entwickeln. Auch wir sind Menschen, die in ostdeutschen Dörfern und Städtchen aufgewachsen sind und Teil dieser Gesellschaft. Wir stehen in gegenseitiger Solidarität mit allen, die von rechter Gewalt betroffen sind. Dabei stehen der Austausch mit sowie die Bedürfnisse der Betroffenen bei unserem solidarischen und gemeinsamen Wirken immer im Vordergrund. Wir werden uns rechtsextremen Aufmärschen und den faschistischen AfD-Parteitagen widersetzen und unterstützen ein AfD-Parteiverbotsverfahren. Wir erklären unsere Absicht, der AfD gemeinsam den Raum zu nehmen, uns selbst und gemeinsam mit anderen Bündnispartner*innen auf das Widersetzen vorzubereiten. Wir werden gemeinsam Aktionstrainings durchführen, Bezugsgruppen organisieren und stellen uns hinter die Absichtserklärung des „widersetzen“-Bündnisses. Wir werden die Absichtserklärung unterzeichnen und weitere Bündnisse bilden. **Wir setzen uns der rechten Raumnahme entgegen und befähigen einander, in Aktion zu treten.**

Bezahlkarten aushebeln!

Spürbar das Leben verbessern und vor Ort was bewegen: Wir werden gemeinsam dem System der unmenschlichen Bezahlkarte entgegentreten. Wir rufen zu Tauschaktionen auf. Geflüchtete kaufen Supermarktgutscheine mit der Bezahlkarte. **Wir werden diese Gutscheine gemeinsam mit vielen Bündnispartner*innen zu Bargeld umtauschen.** Von regionalen Beschränkungen, fehlenden Bezahlmöglichkeiten in vielen Läden und keine Möglichkeit der Rückgaben gekaufter Waren ist die Liste von Problemen riesig.

Stark für Veränderung

In den kommenden fünf Jahren werden wir unseren Verband weiterentwickeln und einen noch größeren Raum für Aktionen, Veränderungen und Debatten bieten. Gemeinsam werden wir unsere Strukturen überdenken und unseren Prozess für einen niedrigschwelligen Verband fortführen. Gemeinsam möchten wir für Veränderung eintreten und unsere Arbeit darauf ausrichten. **Dafür werden wir einen Materialpool erstellen, den Haushalt auf Investitionen ausrichten und mehr Diskussionsräume schaffen, sowie eine stärkere Zusammenarbeit mit der GRÜNEN JUGEND Berlin anstreben.** Wir überdenken die Entwicklung unserer Landesmitgliederversammlungen (LMV) zu parteitagsähnlichen Tagungen kritisch. Wir streben niedrigschwellige, antiautoritär geführte und organisierte LMVen an. Zurück in Jugendzentren und zu einer sparsameren Durchführung. Über die Durchführung von mehr als zwei LMVen im Jahr soll diskutiert werden.

GLOSSAR:

- **SGB VIII** - Achtes Buch Sozialgesetzbuch ist das grundlegende Gesetz für die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland (z.B. Jugendzentren, Sozialarbeit, Jugendverbände)

- **Landtag** - gewähltes Parlament auf Landesebene, welches wiederum die Regierung wählt und über die Gesetzgebung auf Landesebene abstimmt.

- **Landtagswahl** - Wahl des Landtags durch die jeweilige wahlberechtigte Bevölkerung auf Landesebene.

- **Putin** - autoritärer Präsident der Russischen Föderation. Hauptverantwortlich für den Russischen Angriffskrieg auf die Ukraine

- **queere Menschen** - Sammelbegriff für Personen, deren geschlechtliche Identität (wer sie in Bezug auf Geschlecht sind) und/oder sexuelle Orientierung (wen sie begehren oder wie sie lieben) nicht der zweigeschlechtlichen, cis-geschlechtlichen (wenn man sich dem Geschlecht zugehörig fühlt, das einem bei Geburt zugewiesen wurde) und/oder heterosexuellen Norm entspricht.

- **Ausländerfeindlichkeit** - systematische Abneigung, offene Feindseligkeit oder benachteiligendes Verhalten gegenüber Menschen aus anderen Ländern und Kulturen, bspw. Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen, die als Geflüchtete zu uns gekommen sind.

- **Rechtsextremismus** - Ideologie, wonach die Zugehörigkeit zu einer Ethnie oder Nation über den Wert eines Menschen entscheidet. Dieses Werteverständnis steht in einem fundamentalen Widerspruch zum Grundgesetz.

- **ÖPNV** - Öffentlicher Personen-Nahverkehr, bspw. Busse, Straßenbahnen, Züge, etc.

- **Gewerkschaft** - Organisierte Vertretung von Arbeitnehmer*innen, bspw. Arbeiter*innen, Angestellten, etc.

- **Klimaschutzgesetz** - Gesetz, das Maßnahmen und Aktivitäten zum Schutz des Klimas verbindlich festlegt.

- **Diskussionsräume** - Räume, Veranstaltungen, Austauschrunden, die offene Gespräche zwischen Mitgliedern oder Teilnehmenden Menschen ermöglichen.

- **Materialpool** - Sammlung von Materialien, wie Texten, Methoden, Veranstaltungsformaten, etc., welche den Verantwortungsträger*innen und Mitgliedern der GJ zur Verfügung gestellt werden

- **antiautoritär** - möglichst hierarchieflach und selbstorganisiert, Impulse und Ideen gehen in erster Linie von der Basis aus

- **niedrigschwellige** - Ermöglichung einer einfachen Teilnahme, bspw. durch die Verwendung einfacher Sprache, gut erreichbare Orte, etc.

- **Investitionen** - Ausgaben für zukünftige Entwicklungen und notwendige Anschaffungen

- **Absichtserklärung** - Zusage, ein bestimmtes Ziel, eine Absicht oder einen Zweck zu verfolgen.

- **systematisch** - Vorgehen nach System, das heißt nicht nur vereinzeltes Handeln sondern strukturiert, um möglichst breite Teile abzudecken.

- **Lebensrealitäten** - Umstände, die das eigene Leben prägen, wie beispielsweise das Einkommen, die Anbindung an das Verkehrsnetz, die sozialen Angebote vor Ort.